



23. September 2020

Postulat

von Guy Krayenbühl (GLP)
und Corina Ursprung (FDP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich und weitere Interessierte eine städtische oder private Sammelstelle/Datenbank geschaffen werden kann, wo diese ihre Patientenverfügungen hinterlegen können. Gleichzeitig soll der Stadtrat prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass sämtliche städtischen und privaten Gesundheitsdienste, wie zum Beispiel Spitäler, Pflege- und Alterszentren, Spitex sowie Schutz und Rettung etc. im Notfall darauf Zugriff haben. Und dies beides unter Wahrung des Datenschutzes.

Begründung:

Die Lebenserwartung und die Individualisierung der Menschen in unserer Gesellschaft nimmt stetig zu. Damit geht auch einher, dass sich immer mehr Menschen Gedanken darüber machen, welche medizinischen Behandlungen und Eingriffe sie im Falle künftiger Urteilsunfähigkeit noch wollen. Diese Gedanken halten sie in einer Patientenverfügung fest. Oft werden die Patientenverfügungen Zuhause, bei einer Vertrauensperson oder bei Institutionen, wie z.B. dem Schweizerischen Roten Kreuz hinterlegt. Im Notfall ist aber wichtig, dass die Gesundheitsdienstleister Zugriff auf diese Patientenverfügungen haben, wie dies z. B. beim nationalen Organspenderegister bereits der Fall ist. Das würde dazu führen, dass der Wille der Betroffenen respektiert wird. Ausserdem führt es zu einer Entlastung des Gesundheitspersonals bei der oft schwierigen Frage, ob noch medizinische Eingriffe und Behandlungen vorgenommen werden sollen oder nicht.

G. Krayenbühl